



## **Niederschrift**

**über die**

### **Sitzung des Kreisausschusses**

---

Sitzungsdatum: Freitag, den 25.11.2011  
Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 09:55 Uhr  
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

**Anwesend waren:**

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Schäfer, Elisabeth  
Joßberger, Ernst

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred MdL  
Eberth, Thomas  
Friedrich, Rainer  
Scheiner, Bruno  
Wallrapp, Maria

Mitglieder der SPD Fraktion

Halbleib, Volkmar MdL  
Stichler, Peter

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fuchs, Rainer

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang

Stellvertreter

Mühleck, Ludwig

Vertretung für Herrn Heinrich Freiherr von  
Zobel

Schriftführer/in

Münch, Alexandra  
Schubert, Susanne

Außerdem anwesend:

Kreisrat Ernst-Alfred Kienast  
1 Vertreter der Medien



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- |      |  |                       |
|------|--|-----------------------|
| 1.   | Weiterentwicklung der Dienststelle Ochsenfurt  | <b>ZFB 2/031/2011</b> |
| 2.   | Vollzug des Haushaltsplanes 2010;<br>Bekanntgabe des Sollabschlusses                                       | <b>ZFB 2/030/2011</b> |
| 3.   | Vorbereitung der Kreistagssitzung am Freitag, 02.12.2011   | <b>S 2/017/2011</b>   |
| 4.   | Sonstiges  |                       |
| 4.1. | Sonstiges;<br>Neubau Alten- und Pflegeheim Aub   | <b>ZB/002/2011</b>    |
| 4.2. | Sonstiges;<br>Zuschuss an den Markt Eisenheim im Rahmen des Radwegeprogrammes für den Ausbau der Mainfähre | <b>ZFB 2/034/2011</b> |
| 4.3. | Sonstiges;<br>Klausurtagung in Holzhausen am 13. und 14.07.2012  |                       |
| 4.4. | Sonstiges;<br>Schwimmbad Rimpar  |                       |
| 4.5. | Sonstiges;<br>Volkshochschule  |                       |

**Landrat Eberhard Nuß** begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist und mit der Tagesordnung Einverständnis besteht. Er teilt mit, dass die Tagesordnung im öffentlichen Teil unter dem Tagesordnungspunkt 4. „Sonstiges“ um zwei weitere Punkte ergänzt wird:

- Neubau Alten- und Pflegeheim Aub
- Zuschuss an den Markt Eisenheim im Rahmen des Radwegeprogrammes für den Ausbau der Mainfähre

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage: ZFB 2/031/2011</b>
		<b>TOP 1</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Finanzen, Liegenschaften und Controlling/Kasse

Betreff:

**Weiterentwicklung der Dienststelle Ochsenfurt**

**Sachverhalt:**

In der Kreistagssitzung am 21.05.2010 wurde die Situation der Dienststelle Ochsenfurt ausführlich behandelt. Dabei wurden der bestehende Sanierungsbedarf an dem derzeit genutzten staatlichen Gebäude (Palatium) einschließlich des baulichen Brandschutzes mit über 2 Mio. EUR und die alternative Weiterführung der Dienststelle an einem anderen Standort in Ochsenfurt diskutiert. Der Kreistag hat dabei einstimmig beschlossen dass grundsätzlich an einer Dienststelle des Landratsamtes im Stadtgebiet von Ochsenfurt festgehalten werden soll. Weiterhin wurde mehrheitlich beschlossen, dass hierzu vorrangig mit dem Freistaat als Eigentümer des Hauptgebäudes der derzeitigen Dienststelle eine Einigung über eine möglichst schnelle und kostengünstige Lösung herbeigeführt werden soll. Weiterhin hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 12.07.2010 beschlossen, dass trotz der noch ungeklärten Situation über die Kostentragung der Sanierungsmaßnahmen der Landkreis die dringend erforderlichen baulichen Mindestmaßnahmen für eine Optimierung des Brandschutzes im Hauptgebäude durchführt. Hierbei handelt es sich um einen Außentreppenturm als zweiten Fluchtweg und die Ertüchtigung des Haupttreppenhauses, in dem Rauchabschnitte gebildet werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf einmalig 30.000,00 € zuzüglich jährlicher Folgekosten von 3.600,00 € für den angemieteten Treppenturm für die Dauer seiner Nutzung. Diese Maßnahmen sind inzwischen ausgeführt.

Die Liegenschaftsverwaltung hat gleichzeitig die Verhandlungen mit der Immobilienverwaltung Freistaat Bayern, Regionalvertretung Unterfranken, hinsichtlich der Kostentragung der umfassenden Sanierungsmaßnahmen weitergeführt. Dabei wurde von der Immobilienverwaltung der Sanierungsbedarf auf der Grundlage des vom Landkreis Würzburg im Jahr 2008 beauftragten Gutachtens grundsätzlich anerkannt und die Maßnahme für den Doppelhaushalt 2011/12 des Freistaates angemeldet, auch wenn noch keine abschließende Festlegung der Kostentragung feststand. Allerdings erfolgte im Januar 2011 die Mitteilung, dass die beantragten Haushaltsmittel für das Palatium in Ochsenfurt im Doppelhaushalt 2011/12 nicht berücksichtigt werden konnten und frühestens im Jahr 2012 ein erneuter Antrag für den Doppelhaushalt 2013/14 gestellt werden kann. Ob das Vorhaben dann berücksichtigt wird, kann allerdings nicht vorausgesagt werden.

Zwischenzeitlich wurde dem Landrat von Herrn Beck aus Ochsenfurt ein Angebot zur Errichtung und Vermietung eines Neubaus zur Unterbringung der Dienststelle Ochsenfurt vorgelegt. Das Gebäude soll auf dem Grundstück Würzburger Straße 8 auf der rechten Mainseite errichtet werden.

Diese Alternative wurde in verschiedenen Gesprächsrunden, zuletzt in der Sitzung des Kreisausschusses am 24.10.2011 unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ diskutiert. Hierbei wurde neben anderem auf die städtebauliche Problematik hingewiesen, die sich für die Stadt Ochsenfurt ergibt, wenn der Landkreis die bisherigen Gebäude aufgibt. Ebenso wurde deutlich, dass weitere Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern über die Konditionen

für einen Verbleib im bisherigen Gebäude gewünscht werden. Gleiches gilt für eine Regelung hinsichtlich der Kosten der erforderlichen Sanierung.

Nachdem mit dem Abschluss dieser Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, der Investor jedoch für seine weiteren Planungen wissen muss, ob er mit dem Landkreis als Mieter für die geplanten Büroräume rechnen kann, wird folgendes weiteres Vorgehen vorgeschlagen:

1. Der Landkreis Würzburg nimmt Abstand von der Anmietung von Büroräumen in dem von Herrn Beck geplanten Gebäude.
2. Nach Fertigstellung des Gebäudes Friesstraße 5 in Würzburg wird das Umweltamt nach Würzburg verlagert.
3. Nach dem Umzug des Umweltamtes wird eine Organisationseinheit des Jobcenters in der Dienststelle Ochsenfurt untergebracht.
4. Eine Sanierung der Räumlichkeiten erfolgt nicht. Die brandschutzrechtlichen Erfordernisse sind durch die schon jetzt getätigten Maßnahmen erfüllt. Unaufschiebbare Einzelmaßnahmen werden bei Bedarf durchgeführt.
5. Mit dem Freistaat Bayern werden die Bedingungen für eine zukünftige Unterbringung der Dienststelle in den bisherigen Räumen verhandelt.

#### Debatte:

**Landrat Nuß** fasst den bisherigen Sachverhalt kurz zusammen. Er betont zunächst, dass der Landkreis an der Dienststelle Ochsenfurt festhalten werde. Das Palatium, in dem die Dienststelle bisher untergebracht ist, habe nach einer früheren Schätzung einen voraussichtlichen Sanierungsbedarf von 2,2 Mio. Euro. Er gehe allerdings davon aus, dass man bei einer detaillierten und aktuellen Kostenermittlung sicherlich höhere Kosten für die Sanierung erhalten werde. Eine Alternative zum Palatium, nämlich ein Angebot eines Unternehmers, auf der anderen Mainseite ein Gebäude als Niedrigenergiehaus ganz nach den Vorstellungen des Landkreises pachten zu können, habe sich nach Diskussionen im Ausschuss und in den Fraktionen als nicht mehrheitsfähig erwiesen. Deshalb habe er dem Unternehmen mitgeteilt, dass der Landkreis nicht auf sein Angebot zurückkommen könne.

**Herr Künzig** von der Kämmerei ergänzt den Vortrag des Landrats und verweist auf die Beratungsunterlage und die darin enthaltenen 5 Schritte zur weiteren Vorgehensweise.

**Kreisrat Friedrich** gibt bekannt, dass die Stadt Ochsenfurt parallel im Rahmen der Städtebauförderung versuche, über entsprechende Fördermittel zur Stützung des Bereiches um das Palatium herum beizutragen.

**Landrat Nuß** hält dies für einen guten Ansatz. Er betont, dass für den Erhalt des Viertels um das Palatium herum auch der Freistaat und die Stadt Ochsenfurt gefordert seien. Der Landkreis sei die Institution, die das Gebäude in der Kellereistraße zurzeit mit Leben erfülle, was sicher auch im Interesse der umliegenden Gemeinden sei. Sicherlich sei der Landkreis auch bereit, gewisse Schönheitsreparaturen zu tragen, erwarte aber von Seiten des Freistaates klare Zusagen, gerade im Hinblick auf die Tatsache, dass das Gebäude energetisch eine Katastrophe sei.

**Kreisrat Halbleib, MdL**, hält es für wichtig, zeitnah in München auf höchster Ebene Gespräche zu führen. Der Landkreis als Impulsgeber müsse dabei auf die Staatsregierung zugehen. Im Übrigen spreche er sich für die vorgetragene 5-Punkte-Lösung aus, mit der man sicherlich weiterkommen werde.

**Kreisrat Ländner, MdL**, stellt fest, dass die vorgeschlagenen 5 Punkte das beinhalten, was in der Vergangenheit zum Palatium und zum Verbleib der Dienststelle besprochen worden war. Er hält es für wichtig, dass der gesamte Bereich um das Palatium in die Überlegungen einbezogen werde, da es im Letzten auch um die Entwicklung der Stadt Ochsenfurt und der Region gehe.

**Kreisrat Fuchs** stimmt der 5-Punkte-Lösung ebenfalls zu und bekräftigt, dass eine Außenstelle in Ochsenfurt auf jeden Fall erhalten bleiben muss. Allerdings sei eine Lösung mit dem Freistaat in absehbarer Zeit unbedingt anzustreben.

**Landrat Nuß** hält am Ende der Debatte nochmals fest, dass die Dienststelle ein klarer Bestandteil des Raumprogrammes des Landkreises sei. Die vorgetragene 5-Punkte-Lösung halte er daher für absolut schlüssig.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verfahrensweise zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.11.25/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

		<b>Vorlage: ZFB 2/030/2011</b>
	<b>Termin</b>	<b>TOP 2</b>
<b>Kreisausschuss</b>	<b>25.11.2011</b>	<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Finanzen, Liegenschaften und Controlling/Kasse

Betreff:

**Vollzug des Haushaltsplanes 2010;  
Bekanntgabe des Sollabschlusses**

**Sachverhalt:**

Nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2010 schließt der Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 114.442.079,29 € ab. Bei einem Haushaltssoll von 112.135.011 € wurde der Haushaltsplan somit zu 102,06 % erfüllt. An den Vermögenshaushalt konnten 14.873.594,99 € (Haushaltssoll ist 7.432.781 €) zugeführt werden. Die Zuführung deckt somit die ordentlichen Tilgungsausgaben in Höhe von 1.559.639,21 € ab.

Der Vermögenshaushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 17.714.860,34 € ab. Bei einem Haushaltssoll von 18.431.450 € wurde der Haushaltsplan zu 96,11 % erfüllt. An die allgemeine Rücklage wurde ein Betrag in Höhe von 12.967.639,86 € zugeführt (Entnahme laut Haushaltsplan ist 4.659.069 €). Diese hat danach einen Stand von 25.571.592,85 €. Die Mindestrücklage beträgt 1.084.117 €. Haushaltsreste wurde wegen der Umstellung auf die Doppik nicht mehr gebildet.

Kreditaufnahmen waren nicht veranschlagt.

Der Schuldenstand des Landkreises am 31.12.2010 beträgt somit 32.353.459,58 € (201,93 €/Einwohner).

Die Berechnung des Sollabschlusses 2010 ist aus der als Anlage Nr. 1 beigefügten Übersicht zu entnehmen. Die wesentlichen Änderungen im Verwaltungshaushalt gegenüber dem Haushaltsplan sind in der Anlage Nr. 2 aufgeführt

**Debatte:**

**Kreisrat Halbleib, MdL**, spricht die seit Jahren festzustellenden Überschüsse bei den jährlichen Sollabschlüssen an. Im Jahr 2010 werde ein überplanmäßiger Überschuss im Verwaltungshaushalt von 15,7 Mio. Euro ausgewiesen.

**Landrat Nuß** erwidert hierzu, dass die Zahlen so nicht stimmig seien. Er weist darauf hin, dass allein für die Sanierung der Realschule derzeit Investitionen von 21 Mio. Euro über den Haushalt abzuwickeln seien und dies ohne Aufnahme von neuen Schulden.

**Kreisrat Halbleib, MdL**, erkundigt sich bei der Kämmerei, ob der Zufluss der Rücklage für 2010 noch kameral stattfindet, da man ab 2011 mit der Doppik arbeite.

**Herr Künzig** von der Kämmerei bestätigt dies und nennt eine Zuführung von 12,9 Mio. Euro, wobei hier berücksichtigt werden müsse, dass alle alten Haushaltsreste aufgelöst und der Rücklage zugeführt würden.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss nimmt das Ergebnis des Sollabschlusses 2010 zur Kenntnis

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss nimmt das Ergebnis des Sollabschlusses 2010 zur Kenntnis

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 2

Zur Kenntnis an KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage: S 2/017/2011</b>
		<b>TOP 3</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

**Vorbereitung der Kreistagssitzung am Freitag, 02.12.2011**

**Sachverhalt:**

Folgende Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Kreistages am 02.12. sind angemeldet und sollen in der Sitzung behandelt werden:

Öffentlich:

- Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- Erlass einer Geschäftsordnung für den örtlichen Beirat nach § 18 d Satz 5 SGB II und Bestellung der Mitglieder
- Änderung in der Besetzung der Ausschüsse
- Bericht der Behindertenbeauftragten
- Beteiligungsbericht nach Art. 82 Abs. 3 LkrO für das Jahr 2010
- Aktuelle Entwicklungen im ÖPNV
- Abfallwirtschaftssatzung 2012
- Änderung der Satzung über die Förderung in qualifizierter Kindertagespflege im Landkreis Würzburg

Im Anschluss an die Sitzung soll ein Foto aller KT-Mitglieder mit dem Landrat gemacht werden. Daran anschließend erfolgt das Jahresabschlussessen des Kreistags.

**Debatte:**

**Herr Buchner** vom Büro des Landrats teilt mit, dass zu den in der Vorlage aufgeführten Tagesordnungspunkten noch zwei weitere Punkte hinzukämen. Dies seien:

- Umstellung auf das doppische Rechnungswesen zum 01.01.2011
- Sozialraumorientierte Jugendhilfe – Jugendamt 2012

Eine Anmerkung von **Kreisrat Halbleib, MdL**, die Tagesordnungspunkte besser über das Jahr zu verteilen, beantwortet **Landrat Nuß** mit dem Hinweis, dass die Punkte, so wie sie anfielen behandelt werden müssten und nicht über länger Zeiträume verschoben bzw. aufgehoben werden könnten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an S 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage: ZB/002/2011</b>
		<b>TOP 4.1</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Zentraler Steuerungs- und Service-Bereich

Betreff:

**Sonstiges;  
Neubau Alten- und Pflegeheim Aub**

**Sachverhalt:**

Mit Zuwendungsbescheid des Landratsamtes Würzburg vom 23.03.1999 erhielt das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg für die Modernisierung des Kreisalters- und Pflegeheimes Aub als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung für 54 Pflegeheimplätze vom Landkreis Würzburg einen Zuschuss in Höhe von 953.910,-- DM.

Mit Zuwendungsbescheid vom 27.03.2000 erhielt die Kreisalters- und Pflegeheim Würzburg und Aub gGmbH für den gleichen Zweck nochmals einen Restzuschuss in Höhe von 182.970,-- DM, da sich die Kosten erhöht hatten, sodass die Maßnahme insgesamt mit 1.136.880,-- DM, was einem Wert von 581.278,-- € entspricht, vom Landkreis Würzburg gefördert wurde.

Die Förderung erfolgte mit der Maßgabe, dass die geförderten Plätze für mindestens 30 Jahre für den förderungswürdigen Zweck verwendet werden müssen. Bei Änderung des Nutzungszweckes vor Ablauf dieser Frist ist, soweit keine Nutzung mehr für Pflege erfolgt, ein zeitanteiliger Betrag zurückzuzahlen.

Wie bekannt ist, muss sowohl aus sicherheitstechnischen (Brandschutz) wie auch aus konzeptionellen Gründen das Gebäude des Altenpflegeheimes Aub dringend saniert werden. Die

Untersuchungen ergaben, dass die Kosten der Sanierung die Kosten eines Neubaus bei weitem übersteigen würden und es doch nur ein architektonischer und konzeptioneller Kompromiss bliebe. Die Sanierung ist daher wirtschaftlich nicht mehr zumutbar.

Nachdem erst gut 1/3 der Zweckbindungsfrist abgelaufen ist, käme eine zeitanteilige Rückforderung des Förderbetrages in Betracht.

Nachdem aber - wie bereits von den zuständigen Gremien beschlossen - ein Neubau des Alten- und Pflegeheimes in Aub erfolgen soll, wird vorgeschlagen, den Förderbetrag und die verbleibende Zweckbindungsdauer auf das neue Gebäude zu übertragen und somit auf die Rückforderung zu verzichten.

Das Kommunalunternehmen wird sich mit dem Freistaat Bayern, der die damalige Modernisierung gleichermaßen gefördert hat, in Verbindung setzen und dort ebenfalls eine Übertragung der Zuschussmittel auf das neue Gebäude beantragen. Wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Antrag dort ist es aber, dass der Landkreis insoweit seinen Zuschuss nicht zurückfordert, sondern mit einer Übertragung auf das neue Gebäude einverstanden ist.

**Beschlussvorschlag:**

Auf die zeitanteilige Rückforderung des Zuschussbetrages wird verzichtet. Der Restzuschuss und die restliche Zweckbindungsfrist wird auf die neu zu errichtenden Pflegeplätze in Aub übertragen.

**Beschlussvorschlag:**

Auf die zeitanteilige Rückforderung des Zuschussbetrages wird verzichtet. Der Restzuschuss und die restliche Zweckbindungsfrist wird auf die neu zu errichtenden Pflegeplätze in Aub übertragen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.11.25/Ö-4.1

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

		<b>Vorlage: ZFB 2/034/2011</b>
	<b>Termin</b>	<b>TOP 4.2</b>
<b>Kreisausschuss</b>	<b>25.11.2011</b>	<b>öffentlich</b>

Fachbereich: Finanzen, Liegenschaften und Controlling/Kasse

Betreff:

**Sonstiges;  
Zuschuss an den Markt Eisenheim im Rahmen des Radwegeprogrammes für  
den Ausbau der Mainfähre**

**Sachverhalt:**

**Tischvorlage Kreisausschuss 25.11.2011**

Im Rahmen des Mainausbaus muss durch den Markt Eisenheim die Mainfähre einschließlich der Fähr Rampen umgebaut werden. Hierfür fallen für den Umbau der Fähr Rampen geschätzte Kosten in Höhe von 1.139.000,00 € an. Für den Umbau der Mainfähre entstehen darüber hinaus Kosten von voraussichtlich 200.000,00 €. Nach Abzug der staatlichen Fördermittel verbleibt dem Markt Eisenheim ein Eigenanteil von voraussichtlich 450.000,00 €. Der Markt Eisenheim hat deshalb auch einen Zuschuss des Landkreises für die Sanierung der Fähr Rampen beantragt. Nachdem es sich bei den Fähr Rampen um einen Teil des überörtlichen Radwegenetzes des Landkreises Würzburg handelt, wurde ein Pauschalbetrag von 50.000,00 € für die Förderung in den Haushalt 2010 eingestellt und auch entsprechend als Einzelposten erläutert. Im Rahmen der Umstellung auf die Kommunale Doppik wurde der Ansatz in das Jahr 2011 ohne weitere Erläuterung übernommen.

Vom Markt Eisenheim wird jetzt unter Hinweis auf den Beginn der Baumaßnahmen um die Auszahlung des pauschalen Zuschusses gebeten.

Nachdem über die grundsätzliche Förderung der Maßnahme allgemeiner Konsens besteht, und in diesem Jahr die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, wird vorgeschlagen, den pauschalen Zuschuss noch in diesem Jahr auszuzahlen und die Verwaltung zum Erlass eines entsprechenden Zuwendungsbescheids zu ermächtigen.

**Debatte:**

**Landrat Nuß** gibt eine kurze Zusammenfassung über diese Angelegenheit. Er weist darauf hin, dass im Haushalt mit entsprechender Zustimmung der Fraktionen ein Ansatz von 50.000,- Euro aufgenommen worden ist. Nachdem nun die ersten Ausbauarbeiten im Gange seien, habe die Gemeinde um Auszahlung dieses Zuschusses gebeten, um offene Rechnungen begleichen zu können. Da noch kein formeller Beschluss – außer die Aufnahme im Haushalt - gefasst worden sei, solle dies nachgeholt werden.

**Kreisrat Halbleib, MdL**, stimmt der Förderung grundsätzlich zu, bringt jedoch zum Ausdruck, dass er vor der Sitzung gerne eine Beratungsunterlage hierzu gehabt hätte.

**Herr Künzig** von der Kämmerei erläutert nochmals, dass die Baumaßnahmen vor Ort begonnen hätten und die Gemeinde deshalb um die Auszahlung des Zuschusses gebeten habe.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der Auszahlung des im Haushaltsplan vorhandenen Zuschusses von 50.000,-- Euro an den Markt Eisenheim zum Ausbau der Mainfähre im Zuge des Radwegeprogrammes zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KA/2011.11.25/Ö-4.2

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage:</b>
		<b>TOP 4.3</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Sonstiges;  
Klausurtagung in Holzhausen am 13. und 14.07.2012**

**Herr Buchner** vom Büro des Landrats bittet die Mitglieder des Kreisausschusses und deren Stellvertreter zeitnah mitzuteilen, ob eine Teilnahme an der Klausurtagung möglich ist. Wegen der Buchung der Zimmer vor Ort müsse er zeitnah die Anzahl der Teilnehmer melden.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Zur weiteren Veranlassung an S 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage:</b>
		<b>TOP 4.4</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Sonstiges;  
Schwimmbad Rimpar**

**Debatte:**

**Kreisrat Fuchs** teilt mit, dass er in der Zeitung gelesen habe, dass der Landrat dem Markt Rimpar eine Zusage erteilt habe, die Sanierung des Schwimmbades mit über 1 Mio. Euro zu fördern.

**Landrat Nuß** erwidert hierzu, niemals eine solche Zusage gemacht zu haben.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Münc  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r

<b>Kreisausschuss</b>	<b>Termin</b>  <b>25.11.2011</b>	<b>Vorlage:</b>
		<b>TOP 4.5</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Sonstiges;  
Volkshochschule**

**Debatte:**

**Kreisrat Stichler** erwähnt ein Schreiben vom 11.11.2011 an die Landkreisgemeinden, in dem es um die Neuorganisation der Trägerschaft der Volkshochschule gehe. In dem Schreiben werde die Gründung einer GmbH unter Beteiligung der Stadt Würzburg und der Gemeinden angesprochen. Er sei der Auffassung, dass die Gemeinden neben der „großen Stadt Würzburg“ keinen Einfluss mehr hätten. Er schlage daher vor, das Ganze über den Landkreis zu organisieren.

**Landrat Nuß** kann diese Auffassung nicht teilen. Es gehe um Erwachsenenbildung, was eine originäre Aufgabe der Gemeinde nicht des Landkreises sei. Im Übrigen habe er von einer GmbH noch nichts gehört. Derzeit sei die VHS ein Verein und solle auch ein Verein bleiben. Der Landkreis gebe diesem Verein einen jährlichen Zuschuss von 80.000,-- Euro.

**Stellv. Landrat Joßberger** bekundet, dass ihm die VHS ein wichtiges Thema sei. Der Vorschlag einer GmbH allerdings sei ihm völlig neu. Er könne sich nur schwer vorstellen, als Gemeinde über eine GmbH bei der VHS einzusteigen.

**Kreisrat Stichler** teilt am Ende der Diskussion mit, dass er das gegenständliche Schreiben im Einzelnen nochmals überprüfen werde und ggf. entsprechend darauf reagiert.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Münc  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzende/r